

a2303011-e02 Antrag an DIE LINKE. KV Wesel KPT 2023-03-11 betreffs
Rechenschaftsberichte

VON

(Antragstellerin/Antragsteller)



AN

DIE LINKE.

Kreisverband Wesel

Kreisgeschäftsstelle:

LINKSR(A)UM!

Zentrum für politische Kultur und Perspektiven

Friedrich-Ebert-Straße 46

46535 Dinslaken

Telefon: 02064 / 77 57 384

Telefax: 02064 / 77 57 378

E-Mail: info@dielinke-kreiswesel.de

Moers - Dinslaken, 1. - 2. März 2023

Antrag an den Kreisparteitag der Partei DIE LINKE. Kreisverband Wesel am 11.
März 2023 in Dinslaken
betreffs Rechenschaftsberichte

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Kreisverband Wesel am 08. Februar 2023 beschlossene und dem Kreisparteitag am 11. März 2023 vorgelegte Rechenschaftsbericht des Kreisvorstands DIE LINKE. Kreisverband Wesel 2021/2022 wird in Bezug auf diejenigen Textstellen des Rechenschaftsberichts, die gegen bestimmte Mandatsträgerinnen der Partei DIE LINKE. gerichtete, Beleidigungen (§§ 185, 188 StGB), Diffamierungen (üble Nachrede, §§ 186, 188 StGB) und Verleumdungen (§§ 187, 188 StGB) enthalten oder eine versuchte Wähler*nötigung (§ 108 StGB) durch Hinderung der betreffenden bei den Kommunalwahlen 2020 von der wahlberechtigten Wahlbevölkerung im Kreis Wesel auf Vorschlag der Partei DIE LINKE. gewählten Mandatsträgerinnen an der Ausübung des passiven Wahlrechts beziehungsweise durch Nötigung zur negativen Ausübung des passiven Wahlrechts im Verlaufe der Wahlperiode darstellen, zurückgewiesen und insoweit von weiteren Veröffentlichungen durch die Partei und ihre Medien ausgeschlossen.

Außerdem wird der vom ehemaligen Fraktionsvorsitzenden erstattete und sich an den Rechenschaftsbericht des Kreisvorstands unmittelbar anschließende "Bericht der ehemaligen Kreistagsfraktion DIE LINKE. im Kreistag Wesel für das Jahr 2022 - abgesehen von den Übersichten über die Initiativen im Kreistag und über einige der Pressemitteilungen der ehemaligen Kreistagsfraktion (Zeilen 182 bis 284) - aus Gründen der Gleichbehandlung aller Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der

Partei und mit Obacht auf die in dem Bericht enthaltenen Verstöße gegen Vorschriften des Strafrechts und gegen die Verschwiegenheitspflicht insgesamt zurückgewiesen.

Im Einzelnen werden insbesondere die Zeilen 62 (ab: Durch die Spaltung ...) bis 65, 90 (ab: Das die Stadtpolitik ...) bis 92, 121 bis 122 und 123 bis 124 sowie die Zeilen 158 bis 181 und 285 bis 292 ab sofort nicht mehr veröffentlicht.

Begründung

Die in den Berichten enthaltenen Aussagen zur Auflösung der kreistagsfraktion richten sich im Wesentlichen gegen die Kreistagsmitglieder Hanne Kasper und Karin Pohl und erfüllen in ihrer die nach wie vor als Mandatsträgerinnen tätigen Kreistagsmitglieder beleidigenden, übel nachredenden und verleumdenden Art und Weise die Tatbestände der entsprechenden Strafrechtsvorschriften. Die Partei DIE LINKE. hat sich in ihrer Satzung zur verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland bekannt und damit auch zur Einhaltung der durch das Strafrecht gezogenen Grenzen. Diese Grenzen werden jedoch durch die zurückzuweisenden Textstellen der Berichte deutlich überschritten.